

114



An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn  
Wolfgang Nickel

Rathaus Wiesbaden

Wiesbaden, 12. Februar 2014

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 1/4 14-F-33-0020 (- Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 20.01.2014 - der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2013

**Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt Sozialer Arbeitsmarkt**

Dem Antrag der CDU und SPD Fraktionen wird wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zur Umsetzung eines öffentlich geförderten Beschäftigungsmodells *sozialen Arbeitsmarktes* über die kommunalen Spitzenverbände sowie bei Landes- und Bundesregierung initiativ zu werden. *Vorab ist die Initiative mit den Fachämtern und den Beteiligten iSd. § 18 Abs. 1 SGB II abzustimmen, um konkrete Vorschläge für einen Instrumentenkatalog und Anforderungen zu definieren. Den städtischen Gremien ist zu gegebener Zeit Bericht zu erstatten.* Ziel ist es, alle Transferleistungen für langzeitarbeitslose Empfänger von Arbeitslosengeld II inklusive Sozialversicherungsbeiträgen und ggf. Zuschussbeträgen in ein unbefristet angelegtes, sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis einzubringen. Diese sind nicht auf die Eingliederungsmittel anzurechnen;
2. zu prüfen, ob und wie die Landeshauptstadt Wiesbaden eigene Projekte iS. eines sozialen Arbeitsmarktes etablieren kann. Dabei sollen die vorhandenen und evtl. schon geplanten Bundes- und Landesmittel dargestellt und berücksichtigt werden, um den Finanzbedarf für künftige Haushalte abschätzen zu können. Dieser Einsatz öffentlich geförderter Beschäftigung erfolgt im Rahmen individueller Integrationsstrategien. Durch ein qualifiziertes Profiling wird sichergestellt, dass nur diejenigen in öffentlich geförderte Maßnahmen gelangen, die langfristig dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen;
3. zu prüfen, ob und wie diese Leistungen in bereits bestehende Arbeitsmarktprojekte umgeleitet werden können.

Bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen nach obigem Modell wird eine enge Kooperation mit den in der Durchführung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten in Wiesbaden bewährten Trägern angestrebt.

Christiane Hinninger  
Fraktionsvorsitzende

*M. Schulz*  
Matthias Schulz  
Fraktionsreferent